

**Materialien zum Fachkongress 5**

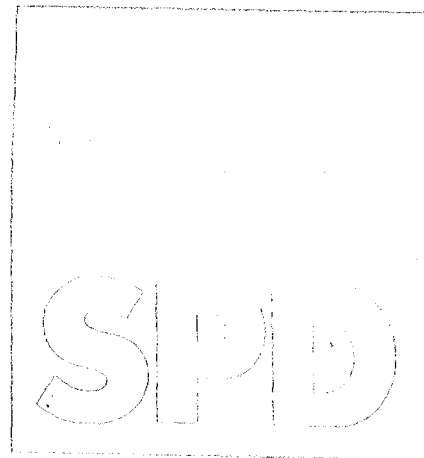
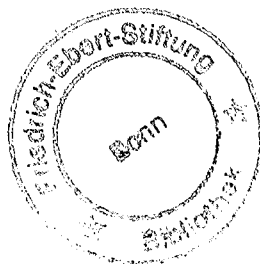
# **Fortschritt für die 90er:**

**Moderne Technik  
in einer humanen  
Arbeitswelt.**

**Dr. Christoph Zöpel**

(Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und  
Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen)

**"Fortschritt für morgen"**



C95-01256

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn die Verhältnisse unübersichtlich werden, dann beginnt die Suche nach klärenden Begriffen. Das ist auch nötig, denn ohne die Abstraktion des Begriffs sind die Verhältnisse in der Tat nicht zu begreifen. Zu diesen Unübersichtlichkeiten in den Verhältnissen gehört der Zweifel am Fortschritt: am Fortschritt im Zusammenhang mit wirtschaftlichem Wachstum, am Fortschritt im Zusammenhang mit der Anwendung von Technik.

Wegen dieses Zweifels am Fortschritt bemühen sich Sozialdemokraten um ein neues Verständnis von Fortschritt. Dem Fortschritt sollen die Probleme, die er selbst geschaffen hat, nicht mehr anhaften. Der Fortschritt, soll schon vom Begriff her akzeptiert werden, und zu gesellschaftlicher Stabilität beitragen können. Bei diesem Bemühen haben sich viele Sozialdemokraten auf den Weg gemacht, Oskar Lafontaine hat den anderen Fortschritt beschrieben, Erhard Eppler den neuen. Was vor allem Lafontaine und Eppler beschrieben und gedacht haben, das findet sich wieder im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm: "Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr.

Der Fortschritt, den wir wollen, zielt nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens. Er verlangt Umdenken, Umsteuern, Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft.

Je gefährdeter die Welt, desto nötiger der Fortschritt. Wer Bewahrenswertes erhalten will, muß verändern: Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn."

Nachdem wir zumindest bis zum Stadium des Entwurfs die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm geleistet haben, sind wir daran gegangen, den Fortschritt zu konkretisieren, zu konkretisieren für eine mögliche Regierungsarbeit in den 90er Jahren. Deshalb haben wir die Arbeitsgruppe Fortschritt '90 gebildet. Ihre ersten Ergebnisse werden bereits diskutiert. Vor allem wird der Gedanke diskutiert, daß der Energieverbrauch durch eine Verteuerung der Energie gemindert werden soll. Ziel ist die Erhöhung der Energieproduktivität und gleichzeitig den Arbeitseinsatz durch steuerliche Entlastung der Arbeitskosten zu steigern. Dieses Spiel mit der Produktivität von Arbeit und Energie hat Charme. Wir müssen aufpassen, daß wir über dem Charme nicht die Ecken und Kanten der Realisierbarkeit übersehen.

Ein anderes Ergebnis der Arbeitsgruppe Fortschritt '90 sind die konkreten Vorschläge zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Bei den meisten Frauen besteht ein Nachholbedarf an Gleichstellung: durch Umbau im Bildungssystem, durch Änderung des Sozialsystems, durch andere Gestaltungen der Arbeits- und insbesondere der Arbeitszeitbedingungen.

Aber dieser Diskussionsprozeß, den die Arbeitsgruppe Fortschritt '90 zu leisten sucht, ist noch nicht abgeschlossen. Er soll sich, wie die Arbeit am Grundsatzprogramm, vollziehen im Gespräch innerhalb der ganzen Partei und mit allen, die mit uns Sozialdemokraten sprechen wollen. Heute setzen wir das Gespräch mit denjenigen fort, die etwas von Technik wissen, die in technischen Berufen arbeiten. Dieses Gespräch hat begonnen mit dem Ingenieurkongreß in Düsseldorf im August 1986 und dann auf regionaler Ebene manche Fortsetzung gefunden.

C 95 - 01259

= C95-01256

Nun werden aber einige sagen, das Gerede der Politiker sei das Problem. Wissenschaftlicher Diskurs müsse fortschreiten, und es sei gut, daß er stattgefunden habe. Wenigstens hätten die Wissenschaftler schon das Problem erledigt, wie sie technischen Fortschritt empirisch messen und in Systemmodellen auf seine negativen Auswirkungen hin beschreiben und möglicherweise auch prognostizieren können. Was soll es denn, daß da noch Politiker weiter über Technik sprechen?

Hier mache ich einen Bruch und stelle, empirisch abgesichert, eines fest, was vielleicht viele überrascht: Nichtwissenschaftliche Diskussion, die Annäherung an Probleme, die gesellschaftlich relevant werden, geht in den demokratischen Gesellschaften - und in den nichtdemokratischen erst recht, wie wir in diesen Monaten erleben - nicht von der Politik aus. Im Gegenteil: Ich glaube, das politische System ist oft erst zu spät in der Lage zu erfassen, was sich an - auch durch Technik bedingt - Veränderungen in der Lebenswelt ihrer Bürger vollzieht. Ich will das belegen. Gelegentlich beschäftigten sich Sozialdemokraten mit der Zukunft oder dem Fortschritt. Das letzte Mal, bevor die Debatte um das Grundsatzprogramm und jetzt um "Fortschritt '90" begann, mit ihrem Projekt "Ökonomisch politischer Orientierungsrahmen 1975 - 1985". Nicht allzuweit von hier, nämlich in Mannheim, wurde dieser Rahmen 1975 auf einem Parteitag beschlossen. Wenn Sie sich diesen Orientierungsrahmen des Jahres 1975 ansehen, wird Ihnen auffallen, daß das Wort Kernenergie nicht in ihm enthalten ist. Als Kritiker der Sozialdemokratie, könnte man nun sagen, dies sei typisch. Das Parteimanagement habe mit einer geschickten Parteitagsregie das Aufgreifen unerfreulicher Themen verhindert. Das trifft aber nicht zu. Die härteste Parteiführung ist nicht in der Lage, sämtliche Ortsvereine daran zu hindern, in einem Antrag zum Parteitag das, was ihnen gefällt, zum Thema zu machen. Das Überraschende ist: Auch in keinem einzigen Antrag zu diesem Orientierungsrahmen war das Wort Kernenergie enthalten. Dies geschah 1975, obwohl in Wyl schon die Weinbauern aus lebensweltlicher Angst um die Zukunft ihrer landwirtschaftlichen Produktion gegen die Errichtung eines Kernkraftwerks demonstrierten.

Dieses Beispiel habe ich gewählt, um vor allem diejenigen, die im Bereich der Technik arbeiten, auf eines zu stoßen: Die Politik sucht sich die Themen nicht aus. Sie ist meistens zu spät in der Lage, überhaupt zu merken, was dort passiert. Die destabilisierenden Entwicklungen im Bereich der Sozialpolitik in den letzten 6 Monaten hat auch niemand vorausgesehen. Diesmal hätte die andere große Partei vielleicht schneller sein müssen als wir. Wir sehen Entwicklungen also viel zu spät und nicht voraus.

Notwendigkeiten für einen gesellschaftlichen Dialog entstehen in der Lebenswelt der Bürger. Politiker neigen dann dazu, sich solchen Themen zuzuwenden, bei denen sie auf langerworbene Erfahrungen zurückgreifen können. Über Wohnungsversorgung und Altersversicherung oder - noch schöner - Nationalgefühl läßt sich aus einer 100, 200 oder gar 300 Jahre alten Tradition diskutieren.

Anders bei der Technik. Bei der Technik kommt ein Problem hinzu, das die lebensweltliche Diskussion der Bürger erschwert, nämlich daß sie ihre Alltagserfahrungen in vielen Fällen nicht mehr zu erklären vermögen. Und dies führt zu der Angst, die im Zusammenhang mit Technikdiskussionen entstanden ist: das Auseinanderklaffen von Alltagswissen und wissenschaftlichem Wissen, das Auseinanderklaffen von Fragen im Alltag und der Suche nach Antworten, die erst wissenschaftlich fundiert wieder Gewißheit geben. Bei der Debatte um

Kernenergie, die in Wyl so entstanden ist und nicht durch die Entscheidung des SPD-Parteivorstands, die Kernenergie zu problematisieren, haben sie das erstmals erfahren. Bei der Gentechnologie und bei den Informationstechnologien erleben wir z.Zt. ähnliches - und wir werden sicher weiteres erleben.

Damit hat der Technikdialog, das Technikgespräch, das Technikgerede zwei Aufgaben aus der Sicht der Politik, die um gesellschaftliche Stabilisierung bemüht ist. Sie muß sich, dem eben definierten Bedürfnis nach wissenschaftlicher Erklärung von Alltagserfahrung folgend, um Aufklärung bemühen. Am Ende muß mehr Wissen des betroffenen Bürgers über das stehen, was er an Befürchtungen, an Fragen an die Technik hat. Am Ende muß darüber hinaus die Chance des Staates stehen, die im Diskussionsprozeß offenkundig gewordenen Handlungsnotwendigkeiten, die von Bürgern artikuliert werden, auch zu befriedigen. Das hebt den Technikdialog weit hinaus über eine unverbindliche Diskussion. Am Ende eines gesellschaftlichen Diskussionsprozesses, den die Politik nicht auslöst, sondern der in der Lebenswelt entsteht, muß die Möglichkeit stehen, daß der Staat handeln kann. In jedem anderen Falle werden wir gesellschaftliche Destabilisierung erleben. In demokratischen und nichtdemokratischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts werden scharfe Konflikte vor allem durch die Unfähigkeit zur Problemlösung ausgelöst. Daneben mag es andere, irrationale Faktoren geben, die zu einer Verschärfung gesellschaftlicher Destabilisierung führen.

Am Ende müssen also Problemlösungen stehen, zu denen der Staat eine Chance haben muß, wenn auch auf keinen Fall das Problemlösungsmonopol. Es müßte eine Selbstverständlichkeit sein, wenn ich dies ausspreche. Der Lösungsmechanismus des Marktes für viele gesellschaftliche Probleme ist für jeden informationstheoretisch Gebildeten unbestritten. Aber daneben gibt es die Notwendigkeit zum staatlichen Handeln. Nun kehre ich aber zunächst noch einmal zum Gerede zurück.

Es ist ein sofort zerstreubarer Irrglaube, anzunehmen, der Lösungsmechanismus Markt funktioniere ohne Gerede. Um es auf den Begriff zu bringen: Das Gerede des Marktes ist die Werbung. Ohne Werbung würden manche Probleme im Bereich der Marktlösungsmechanismen nicht auftreten, aber auch der Zusammenhang zwischen Markt, Technik und den negativen Effekten, die Technik hat, ist vielfältig über Gerede vermittelt. Christa Müller hat mich als Verkehrsminister vorgestellt. Ich hoffe, Sie werden mir darin nicht allzusehr darin widersprechen, daß eine technische Ausgestaltung des Autos, bei der Styling und Beschleunigung dominieren und ökologische Verträglichkeit weiterhin zu kurz kommt, mit dem Gerede zu tun hat, das mit dem Problemlösungsmechanismus Markt zusammenhängt, insbesondere mit der Werbung. Wenn man nicht ständig lesen könnte, welches Auto schön und richtig sei, für den immer noch nicht gleichgestellten Mann, dann würden die Autos anders aussehen. Ob dies ein Trost ist, das weiß ich nicht, aber ein Versuch. Der Rückzug auf den Markt beendet nicht das Gerede, auch nicht über Technikfragen. Dies wollte ich mitteilen.

Aber zurück zu dem, was Politik erwartet: Vom Gerede, vom Dialog über Technik. Politik erwartet zunächst - ich habe dies gesagt - den aufgeklärten Dialog, mit dem Ergebnis, daß die Bürger, die es wollen, am Ende eines solchen Gesprächs mehr wissen als vorher. Das kann nicht immer die Technikakzeptanz sein, der Dialog über die Kernenergie hat zu mehr Wissen und zu mehr berechtigter Skepsis geführt. Ich erhoffe mir, daß es Dialoge gibt - vielleicht über die Informationstechnologien - die zu mehr Wissen und

Akzeptanz führen; zu mehr Akzeptanz, weil die Verbreiterung des Wissens mit den herkömmlichen Methoden der Informationsvermittlung nicht mehr beherrschbar ist.

Das zweite, was die Politik erwartet von einem solchen Dialog, ist danach die Möglichkeit der Problemlösung. Drei Bestandteile muß die Problemlösung auch technisch bedingter gesellschaftlicher Probleme am Ende eines Dialogs haben. Ich will sie zunächst mit deutschen Worten beschreiben. Als erstes die Enthemlichung, als zweites die Gefahrenvermeidung und als drittes die Leistung des Staates, wenn die Marktreaktion nicht funktioniert.

Das erste, die Enthemlichung, kann ich nun übersetzen mit der Garantie der Wissensvermittlung. Mit der Garantie der Wissensvermittlung, die aber auch den Anspruch auf demokratische Wissensvermittlung enthält, nämlich die Garantie der Transparenz von Wissen. An der Stelle eine Bemerkung: Keine Debatte halte ich für überflüssiger - zumal sie auch die Intention der Sozialdemokratie verkennt - als die, ein Dialog über Technik könnte Vorschriften auslösen, über das, was geforscht werden kann. Ich halte dies für einen fundamentalen Irrtum, wenn das noch geglaubt wird. Das Problem des Staates ist nicht, möglicherweise zu untersagen, was geforscht wird. Dieses Problem stellt sich nicht. Das Problem des Staates ist, demokratisch zu garantieren, daß alle die dies wollen, die Ergebnisse des Forschungsprozesses auch erfahren und unter Beachtung gewisser unverzichtbarer Wettbewerbsregeln anwenden können. Das ist das Problem, das der Staat hat und nicht das umgekehrte. Hier ist eine völlige Verkehrung des tatsächlichen Verhältnisses von Staat und Wissenschaft in der Diskussion, wenn man das letztere glaubt. Also ich wiederhole es gern noch einmal: Die erste Problemlösung muß sein, am Ende eines solchen Prozesses, einen Fortschritt an Transparenz des Wissens, einen Fortschritt bei der Garantie demokratischer Wissensvermittlung zu bekommen.

Das zweite ist dann die Rahmensetzung. Die Rahmensetzung, muß am Ende eines Diskussionsprozesses zu der demokratisch legitimierten Entscheidung führen, das zu verbieten, was man tatsächlich nicht will. Und hier habe ich einen Appell an Techniker, die ja inzwischen miteinstimmen in das Gespräch darüber, daß es vieles gibt, was nicht sein darf. Sie müssen schon der Politik mithelfen zu sagen, wo die Grenzen liegen können von dem was tatsächlich nicht sein darf. Es hat keinen Sinn, auf der einen Seite die Klimakatastrophe zu beschwören; etwas was wir oft hörten, auch von Wissenschaftlern. Wenn man dann antwortet, daß wir dann wir diesen oder jenen Stoff verbieten müssen, dann kommt die Reaktion, so ernst habe man das nicht gemeint. Wenn tatsächlich eine unabwendbare Gefahr auf Grund einer bestimmten technischen Entwicklung da ist, muß die Legimitation des Staates zum Verbieten anerkannt werden. Dies ist schon ein Rückzug des Staates auf ganz konservative Positionen, aber es ist die weiterhin wohl richtigste Antwort zur Gefahrenabwehr, dem eigentlichen Grund aus dem Staat in Europa entstanden ist.

Und das dritte schließlich: Wenn der Markt versagt, ist das Sorgen für staatliche Leistungen, wir bezeichnen dies primär als die Erstellung der Infrastruktur, eine Aufgabe, die dem Staat bleibt und zu der er mehr technisches Wissen braucht, als er jetzt hat. Das ist die Erfahrung eines Ministers, der für ein Infrastrukturressort in einem großen Bundesland die Verantwortung trägt.

Also ich wiederhole es noch einmal: Am Ende eines Diskussionsprozesses über neue gesellschaftliche Probleme muß stehen,

- daß wir mehr Wissen auf diesem Gebiet allen, die das wollen, vermitteln und diese Wissenstransfer nicht abgebrochen werden darf,
- daß wir wissen, wo wir Rahmen setzen müssen und
- daß wir gegebenenfalls ein Angebot an zusätzlicher neuer auf technischen Innovationen - worauf denn sonst - beruhender Infrastruktur anbieten können.

Das ist das, was wir tun müssen und wozu wir Ihre Hilfe im Dialog und später bei der Auftragsvergabe des Staates brauchen. Ich kann es auch an einem Beispiel belegen. Es gäbe viele andere Beispiele, aber der Verkehrsminister bleibt beim Auto: Wir haben weiterhin Informationsdefizite auch darüber, wie ein Auto konstruiert werden kann. Wobei das Informationsdefizit nicht da beginnt, daß ein Wissenschaftler es aufgeschrieben haben könnte, sondern daß Menschen wissen, so etwas könnte man konstruieren. Wo findet der Wissensdialog darüber statt, daß man die Bremskraft beim Auto rückgewinnen kann, um es wieder anzutreiben und damit Energie zu sparen. Wo steht das Wissen, welche Vielfalt von Temporegulatoren es gibt, die man gebrauchen sollte, wenn man Tempo 30 einführt. Bei der Rahmensetzung fehlt auch vieles. Ich glaube, es müßte einen Konsens geben über eine Rahmensetzung mit Verbotscharakter, daß es kein Auto geben darf ohne Katalysator oder Rußfilter beim Diesel, daß es letztlich nach einer gewissen Übergangsphase kein Auto mehr geben darf, das mehr als vier bis fünf Liter Sprit verbraucht auf 100 Kilometern. Dies wäre auch die Basisgrundlage, um den Ausstoß von Kohlendioxyd zu vermeiden. Es müßte eine Rahmensetzung geben, daß kein LKW-Motor mehr als 80 Dezibel oder einiges darunter an Lärm verursacht, und dazu müßte es die Rahmenvorschrift geben, ihn einzukapseln. Schließlich brauchen wir im Bereich der Verkehrspolitik eine andere Infrastruktur: intelligente Straßen, auf denen das Fahrverhalten elektronisch gesteuert werden kann, andere Nahverkehrssysteme, eine neue Nutzung der Schiene. Ich bringe diese Beispiele, um zu zeigen, wie sehr schnell konkret wird, was ich abstrakt auszuführen gesucht habe.

Dieses Beispiel weist aber auch sicher hin schon auf den Inhalt von Fortschritt morgen, den Fortschritt '90. Ich will ihn zusammenfassen: Fortschritt von morgen und Fortschritt '90 heißt zuerst die Aufklärung bewahren. Fortschritt '90 heißt als zweites, hier nehme ich Ulrich Beck auf, die Moderne zu vollenden, die bisher halbiert ist. Halbiert ist sie, weil die Frauen nicht gleichgestellt sind, halbiert ist sie, weil viele in dieser Gesellschaft weiter sozial benachteiligt sind, auch im Zusammenhang mit der Explosion von Wissen, vor allem auch in der Chance, Wissen aufzunehmen und sich permanent zu qualifizieren. Halbiert ist die Moderne auch deshalb, weil wir viel zu spät in der Systemtheorie die Rückkoppelung von Technik hin auf die ökologischen Auswirkungen erkannt haben, und halbiert bleibt sie weiter, solange wir nicht alles tun, um ein entsprechend aufbereitetes Wissen demokratisch allen, die dies wollen zur Verfügung zu stellen. Dies sind für mich die Schwerpunkte des Fortschritts, den wir wollen: eines Fortschritts, der Technik wieder eindeutig als Mittel für humane Zwecke begreift. Daran dürfte es keinen Zweifel geben. Dies führt zu einem Fortschrittsbegriff, der wieder eindeutig gesellschaftliche und demokratische Stabilität garantiert. Dieser Fortschritt wird anders sein, meint Lafontaine, neu, meint Eppler. Vielleicht am Ende der 90er Jahre einfach nur Fortschritt ohne Attribut. Herzlichen Dank.